Nr. 18. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 11. Januar 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Eröffnung der französischen Kammern.

Paris, 10. Januar, 4 Uhr 40 Min. Nachm. Die Eröffnung der Deputirtenkammer, sonst eine langweilige und triviale Zeremonie, ging heute überaus bewegt vor sich. Die Tribünen waren überfüllt. Draußen vor dem Kammergebäude war es vollkommen ruhig, Manifestanten waren nirgends zu sehen. Gegen drei Uhr Nachmittags versuchten Gruppen von Neugierigen auf der Place de la Concorde Aufstellung zu nehmen. Die Polizei zerstreute dieselben jedoch ohne Zwischenfall. Einige Personen, die sich weigerten, weiterzugehen, wurden verhaftet.

Der greise Alterspräsident Pierre Blanc eröffnete die Sitzung der Deputirtenkammer mit einer Ansprache, die von lebhaften Beifallsrufen der Republikaner begleitet war, gegen welche die Deputirten der Rechten protestirten. Blanc wies darauf hin, daß die Republik durch die Fehler einiger Personen in ihrer Existenz nicht bedroht sei. Er verlange von der Kammer, daß sie die Agitationen beende und daß sie ihre Anstrengungen verdoppele, um ihre Aufgabe zu Ende zu führen. Graf Baudry d'Asson, der bekannte Bonapartist und Skandalmacher, sang unterdessen mit lauter Stimme den Refrain des neuesten Panama-Liedes.

Es wird zur Präsidentenwahl geschritten, die Rechte beantragt namentliche Abstimmung; dieser Antrag wird unter großem Lärm fast einstimmig angenommen. Hierauf geht die Abstimmung vor sich. Während nun die Deputirten einzeln, um ihr Votum abzugeben, über die Tribüne schreiten, erhebt sich, so oft ein kompromittirter Abgeordneter erscheint, auf den Bänken der Rechten ein wüstes Geheul. Die Meisten beeilen sich, so schnell als möglich weiter zu kommen. Der ehemalige Finanzminister Rouvier aber, gegen den bekanntlich ein gerichtliches Verfahren schwebt, bleibt mit gekreuzten Armen auf der Tribüne stehen, und als Graf Debernis ihn laut beschimpft, steigt Rouvier herunter und geht mit erhobenen Fäusten auf denselben los. Mehrere Deputirten werfen sich zwischen beide, und todtenbleich begiebt sich Rouvier wieder auf seinen Platz. Da nimmt der Deputirte Mezieres von der Linken den Streit Rouviers mit Graf Debernis auf, und schon hat Mezieres zum Schlage ausgeholt, als die Gegner getrennt werden.

Während der Abstimmung wird der Lärm immer ärger. Denjenigen Abgeordneten, welche sich der Stimmabgabe enthalten, werden fortwährend höhnische Zurufe zugeschleudert. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist eine sehr große. Nach Beendigung der Abstimmung verlangt Graf Debernis, heftig gestikulirend, das Wort. Ein furchtbarer Spektakel erhebt sich. Der Präsident bedeckt sein Haupt und vertagt die Sitzung bis 5 Uhr.

Während der Pause schicken sich mehrere Deputirte ihre Zeugen.

Paris, 7 Uhr 20 Min. Abends. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung um 5 Uhr protestirt Graf Debernis unter lebhaftem Widerspruch der Linken gegen das Verhalten Rouviers. Präsident Blanc beklagt den Vorgang, der die Folge der namentlichen Abstimmung sei.

Im ersten Wahlgang hat Floquet nur 213 Stimmen erhalten, also weniger als verfassungsgemäß sich an der Abstimmung betheiligt haben müssen, wenn die Wahl gültig sein soll. Floquet zeigt dem Alterspräsidenten schriftlich an, daß er für den zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurückziehe. Floquet blieb nichts Anderes übrig, denn nachdem er im ersten Wahlgang nicht genügend Stimmen auf sich vereinigt hatte, war es klar, daß man ihn im zweiten Wahlgang überhaupt fallen lassen würde. Nun ist auch Floquet ein politisch todter Mann.

Man schreitet zum zweiten Wahlgang. Der Deputirte de la Martiniere verlangt abermals namentliche Abstimmung und will diesen seinen Antrag begründen. Die Linke will ihn nicht sprechen lassen, sie tobt und lärmt zwanzig Minuten lang, bis endlich Herr de la Martiniere in das Getöse hineinschreit, was er zu sagen hat.

Der zweite Wahlgang geht endlich vor sich und Casimir Perier wird mit 254 von 408 abgegebenen Stimmen zum Kammer-Präsidenten gewählt.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Im Senat griff der Alterspräsident Thery in seiner Rede heftig die Politik an, welche die Regierung auf religiösem Gebiete trotz den Verwahrungen seitens des Senats verfolge. Sodann wurde das Bureau gewählt.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Im Senat wurde bei dem zweiten Wahlgange Leroyer mit 162 Stimmen zum Präsidenten erwählt.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Gutem Vernehmen nach werden die Dekrete betreffend die Bildung des neuen Kabinets morgen veröffentlicht werden. Ribot erhält das Präsidium und das Portefeuille des Inneren, Develle das des Auswärtigen, Loizillon das Portefeuille des Krieges und Viger dasjenige für Ackerbau. Die übrigen Minister behalten ihre Posten.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Die Neubildung des Kabinets ist in Folge der Ablehnung Burdeaus, in dasselbe einzutreten, verschoben worden.

* * *

Paris, 10. Januar. Der unerwartete Entschluß des Kabinets, zu demissioniren, ist lediglich dadurch herbeigeführt, daß Freycinet angesichts der täglich zunehmenden Angriffe und Anschuldigungen die Nothwendigkeit seines Rücktrittes erkannte, welcher in angemessener Weise nur in Folge der Demission des gesammten Kabinets erfolgen konnte. Dieser Beschluß wurde heute Morgen gefaßt und gleich darauf in einem unter Vorsitz Carnot's stattfindenden Ministerrathe zur Ausführung gebracht. Carnot acceptirte die Demission und beauftragte Ribot mit der Rekonstituirung des Ministeriums. Um die Bedeutung des Ministerwechsels besonders hervorzuheben, hat Ribot beschlossen, mit der Präsidentschaft des Ministeriums das Portefeuille des Innern zu übernehmen, nachdem der durch das Interview, worin er Rouvier vertheidigte, in gewisser Beziehung kompromittirte Loubet erklärt hatte, ebenfalls zurücktreten zu wollen. Bezüglich der Neubesetzung des Aeußern- und des Kriegsportefeuilles sind augenblicklich nur in den Wandelgängen der Kammer Gerüchte verbreitet, wonach der Ackerbauminister Jevelle das Aeußere und entweder der Deputirte Cavaignac oder ein Armeekorps-Kommandeur das Kriegsministerium übernehmen würden. Die Nachricht dieses Ministerwechsels hat bezeichnender Weise an der Börse eine starke Reprise auf allen Gebieten hervorgerufen. Es gilt als wahrscheinlich, daß in Folge des Rücktrittes Freycinets Herbette demissionirt. Als muthmaßlicher Nachfolger gilt der augenblickliche Botschafter am Quirinal, Billot.

Deutschland.

** **Berlin**, 11. Januar. Ueber die Verhältnisse in den westdeutschen Streikrevieren können wir auf Grund eigener Betrachtungen folgendes mittheilen:

Was den unbefangenen Beobachter der ganzen bedauerlichen Vorgänge auf den ersten Blick frappirt, ist die durchweg zu Tage tretende absolute Planlosigkeit der Ausständigen. Schreiber dieses ist sowohl mit zahlreichen Arbeitgebern als auch Arbeitern in Berührung gekommen, die Antworten aber, welche auf Erkundigungen nach der eigentlichen Ursache des Massenausstandes zu Theil wurden, verschafften die Ueberzeugung, daß, von den Führern natürlich abgesehen, wohl die Wenigsten der Streikenden auch nur den Versuch gemacht hatten, sich von dem Warum ihres Thuns und von der Tragweite des Ausstandes Rechenschaft zu geben. Jeder streikte, weil es die Kameraden auch so machten, man hat es hier mit einer Aeußerung des Heerdentriebes in seiner bedenklichsten und schadenbringendsten Entwickelung zu thun.

Allgemein war man in den Kreisen der Arbeitgeber der Ansicht, daß die Arbeitseinstellung im Saarrevier niemals den jetzigen, auch die benachbarten westfälischen Bezirke mit bedrohenden Umfang angenommen haben würde, wenn die königliche Bergwerksverwaltung sich gleich im Vorhinein auf dem Standpunkt unnachsichtigster Geltendmachung der Autorität des Arbeitgebers gestellt hätte, wie sie es jetzt zu thun entschlossen scheint und wie es 1890 von einzelnen Zechenverwaltungen geschah, als die streiklustigen Elemente vor die Alternative der sofortigen bedingungslosen Rückkehr zur Arbeit oder der unverzüglichen, endgültigen Entlassung gestellt wurden. Angesichts von Massen, die so völlig in willenloser Abhängigkeit von ein paar rücksichts- und strupellosen Führern stehen, ist auch das geringste Zeichen des Einlenkens, des Entgegenkommens vom Uebel, weil es alsbald als Schwäche ausgelegt wird und solchermaßen Oel in das Feuer der erregten Leidenschaften gießt.

So gestalteten sich denn unter dem Eindrucke der Lage im Saarrevier auch die Verhältnisse der westfälischen Grubenbezirke einigermaßen prekär. Zu den schon ausgebrochenen lokalen Streikes traten letzthin die Grube Hibernia, wo von 548 Mann über Tag sich nur 10 einfanden, Konsolidation, wo auf Schacht I und III von den unter Tag arbeitenden Leuten etwa je 30 Mann, auf Schlacht II etwa die Hälfte fehlte; bis Dienstag Mittag hatte sich diese Situation nicht geändert.

In bergbaulichen Kreisen erwartet man eine Ausdehnung des Streiks für die nächsten Tage. Mit dem zunehmenden Ernste der Lage tritt auch an die Arbeitgeber die Aufgabe heran, sich über ihr Verhalten schlüssig zu machen. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund beschloß in seiner gestrigen Nachmittagssitzung einstimmig, den Vereinszechen das entschiedenste Vorgehen zu empfehlen. Dieselben sollen nach Ausbruch eines Streiks sofort den Leuten unter Hinweis auf die bezüglichen Bestimmungen der Arbeitsordnung ankündigen, daß sie, wenn sie drei Schichten nacheinander von der Arbeit wegbleiben, aus den Listen der Belegschaft gestrichen werden (§ 3 der Arbeitsordnung) und außerdem den in der Arbeitsordnung vorgesehenen Schadenersatz (§ 6) zu zahlen haben. Betreffs des letzteren Punktes heißt es in dem angezogenen § 6: „Wenn ein Arbeiter ohne Innehaltung der vertragsmäßigen Kündigungsfrist in anderen als den in § 4 bezeichneten Fällen die Arbeit verläßt oder ausbleibt, so hat er für jeden Arbeitstag vom Tage des Wegbleibens an bis zu demjenigen Tage, an welchem die Abkehr vertragsmäßig erfolgen konnte, jedoch höchstens für 6 Arbeitstage einen Schadensersatz zu zahlen, welcher für den Arbeitstag von dem durchschnittlichen Arbeitsverdienste der vorher gegangenen Lohnperiode zu berechnen ist. Zu einem weiteren Schadensersatz wegen Wegbleibens ist der Arbeiter nicht verpflichtet.

Der Betrag des Schadensersatzes ist ohne vorgängiges Verfahren vor dem ordentlichen Gericht oder vor dem Gewerbegericht von dem rückständigen Lohne zu Gunsten der Zeche einzuziehen."

Gewiß kann Niemand lebhafter, als die Arbeitgeber selber, wünschen, der Nothwendigkeit, von den Strafbestimmungen der Arbeitsordnung gegen kontraktbrüchige Arbeiter Gebrauch machen zu müssen, überhoben zu bleiben. Sollte es aber zu der oben angedeuteten Eventualität eines weiteren Umsichgreifens des Streikfiebers kommen, so hätten die Streikenden es nur sich selber zuzuschreiben, wenn die Arbeitgeber von den ihnen in solchem Falle zugestandenen Befugnissen den rücksichtslosesten Gebrauch machen würden.

— Zwischen der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken und der Handelskammer daselbst ist es aus Anlaß des Streiks im Saargebiet zu Meinungsverschiedenheiten gekommen.

In der letzten Handelskammersitzung nahm nämlich, so berichtet die „Frankf. Ztg.", der Vorsitzende, Freiherr v. Stumm, eine sich ihm bietende Gelegenheit wahr, um sich über die Streikfrage auszulassen. Die Hauptveranlassung des Ausstandes, so erklärte er, liege darin, daß die königliche Bergverwaltung den Rechtsschutzverein, der unverkennbar auf sozialdemokratischer Grundlage stehe, nicht nur dulde, sondern in gewisser Beziehung sogar begünstige. Denn der Federkrieg zwischen dem „Bergmannsfreund" (bekanntlich Organ der Bergbehörde) und dem Organ des Rechtsvereins „Schlägel und Eisen" allein könne nicht als wirksame Maßregel gegen jenen Verein angesehen werden, so sehr auch die Bestrebungen des „Bergmannsfreund" anerkannt werden müßten. Im Uebrigen habe man die Bergleute den sozialdemokratischen Einflüssen des Rechtsschutzvereins schutzlos preisgegeben. Die Aeußerung sei sogar gefallen, der Rechtsschutzverein habe auch sein Gutes, weil dadurch etwaige Uebergriffe der Unterbeamten zur Kenntniß der Bergwerksdirektion gelangten. Vor Allem, so erklärte ferner Herr von Stumm, enthalte die neue Arbeitsordnung mehrere Paragraphen, worin den Arbeiter-Ausschüssen eine autoritative Stellung den Bergleuten gegenüber eingeräumt werde; daß die Arbeiter-Ausschüsse thatsächlich nichts Anderes als Organe des Rechtsschutzvereins seien, werde gewiß von Niemandem bestritten werden. Zum Schlusse seiner Erklärung bemerkte Herr v. Stumm, er habe die Absicht gehabt, der Handelskammer eine Beantwortung der Einladung der Bergbehörde zu einer Besprechung über den ausgebrochenen Streik in folgender Weise vorzuschlagen: Die Handelskammer bedauert (folgt ein unwesentlicher Satz), erklärt aber nachträglich, daß Handel und Gewerbe ihres Bezirks bereit sind, die aus einem energischen Vorgehen der Bergbehörde gegenüber dem eingetretenen Bergmannsstreik sich ergebenden Konsequenzen und den damit verbundenen Kohlenmangel willig zu tragen, falls die königliche Bergverwaltung mit dem bisherigen System, ihre Autorität durch den unter sozialdemokratischer Führung stehenden sogenannten Rechtsschutzverein untergraben zu lassen, bricht und die Wiederannahme der kontraktbrüchigen Bergleute von dem Austritt aus diesem Verein abhängig macht. Andernfalls würde Handel und Gewerbe die Opfer vergeblich getragen haben, da sich dann der Streik bei erster Gelegenheit mit Nothwendigkeit wiederholen müßte. Der Herr Handelsminister, der von dieser Absicht in Kenntniß gesetzt worden sei, habe ihm, Stumm, indessen den Wunsch aussprechen lassen, daß eine derartige Erklärung seitens der Handelskammer an die königliche Bergwerksdirektion nicht gerichtet werden möge. Er glaube diesem Wunsche um so eher Rechnung tragen zu müssen, als er sehr bald auf der Tribüne des Reichstages und vielleicht an einer noch wichtigeren Stelle Gelegenheit finden werde, seine Stellung zu diesen heillosen Zuständen, um die es sich hier handle, darzulegen. Nach dieser Erklärung des Freiherrn v. Stumm wurde aus der Mitte der Kammer u. A. auf die Nothwendigkeit hingewiesen, dem durch den Rechtsschutzverein ausgeübten Terrorismus gegenüber Farbe zu bekennen und der in allen Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden des Bezirks empfundenen Nothwendigkeit, gegen den Rechtsschutzverein vorzugehen, Ausdruck zu geben. Den vom Vorsitzenden zurückgezogenen Antrag nahm deshalb ein Mitglied wieder auf. Auf die „dringende" Abmahnung des Ersteren, dem Wunsche des Handelsministers „in dieser reinen Formfrage" entgegenzutreten, einigte man sich schließlich dahin, daß zwar von einer offiziellen Beantwortung der seitens der Bergdirektion an die Handelskammer gerichteten Einladung Abstand zu nehmen sei, daß aber eine Abstimmung über den materiellen Inhalt des Schreibens erfolgen solle und durch das Protokoll veröffentlicht werde. Die darauf folgende Abstimmung ergab die einstimmige Billigung der von dem Vorsitzenden, Freiherrn v. Stumm, entworfenen Erklärung durch die Handelskammer; sechs Mitglieder fehlten.

— Die Proben zu dem Reiterfeste zu Ehren der Vermählung der Prinzessin Margarethe mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen nehmen in der Reitbahn des ersten Garde-Dragoner-Regiments ihren eifrigen Fortgang. Es werden drei Quadrillen geritten; die erste von Herren und Damen der Aristokratie in althessischem Kostüm, die zweite von Unteroffizieren des Regiments, in dem der Bräutigam steht. Diese wird im altdeutschen Kostüm erscheinen und die Form einer mittelalterlichen Reiherbeize annehmen. Die dritte wird von Herren des Regiments in der Uniform desselben geritten werden. Die Einstudirung leitet Generalmajor von Michaelis.

— Der Reichstag ist in den letzten Wochen mit Petitionen gegen die Erhöhung der Brausteuer gradezu überschüttet worden. Man ist es gewöhnt, daß jede Absicht einer Steuererhöhung von den in erster Linie dadurch betroffenen Kreisen auf das lebhafteste und nicht selten mit sehr übertriebenen Argumenten bekämpft wird, weshalb denn auch derartige Petitionen in den parlamentarischen Kreisen meistens mit sehr argwöhnischen Augen angesehen werden. Im vorliegenden Falle aber wird der unbefangen Prüfende sich doch eines sehr ernsten Eindrucks nicht erwehren können. Es ist eine ganz hervorragende Frage der Volksgesundheit, um die es sich hier handelt. Man hat dem Bier in überschwänglichen Lobsprüchen die Eigenschaft eines werthvollen Nahrungsmittels zuschreiben wollen. Das ist des Guten zu viel gethan. Aber es ist unbestreitbar dasjenige Genußmittel, welches am aussichtsreichsten und wirksamsten den Kampf gegen das volksverderbende Uebel des übertriebenen Branntweingenusses zu führen vermag, und es erhebt sich deshalb die Frage, ob inmitten der in Deutschland gegebenen Verhältnisse überhaupt irgend welche Erhöhung der Besteuerung des Bieres als zulässig betrachtet werden kann. Sehr nachdrücklich wird dies soeben zur rechten Zeit zum Bewußtsein gebracht durch eine neue Auflage der von uns schon erwähnten Rosenthalschen Schrift „Bier und Branntwein und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit". Der Verfasser ist weit davon entfernt, den Werth des Bieres an sich zu überschätzen. Er sagt von ihm:

„Das Bier enthält nahrhoffte Stoffe; doch sind diese zu gering, ihm einen merklichen Werth als Nahrungsmittel zu verleihen. Dagegen ist es ein nützliches Gewürz und Genußmittel und sein nicht übertriebener Gebrauch in vielen Beziehungen zu empfehlen."

Der Unterschied zwischen dem Bier und dem Branntwein besteht darin, daß das erstere den Alkohol, welchen der letztere in großer Menge und konzentrirter Gestalt enthält, nur in geringer Menge aufweist, während seine übrigen Bestandtheile die schädlichen Wirkungen des Alkohols erheblich mildern, zum Theil sogar einen wirklichen Nährwerth besitzen. Da nun das Verlangen des Menschen nach Alkohol auf absehbare Zeit nicht auszurotten sein wird, so sagt Rosenthal:

„So lange es nicht möglich ist, das Bedürfniß nach Alkohol ganz zu beseitigen, ist es im Interesse des Volkswohls durchaus nöthig, den Biergenuß zu begünstigen, welcher überall, wo das Bier leicht zugänglich ist, dem Schnaps erfolgreich Feld abgewinnt. Namentlich der Genuß billigen, nicht zu alkoholreichen Bieres, wie es nur von kleineren, überall zerstreuten Brauereien in genügender Menge geliefert werden kann, ist zu begünstigen. Wird solchen kleineren Gewerbebetrieben durch Verschärfung der Steuern die Möglichkeit, mit Nutzen zu arbeiten, verkümmert, so leidet am meisten der kleine Mann und der Schnapskonsum nimmt grade in diesen Kreisen am meisten zu."

Was diesen letzteren, vor Allem beachtenswerthen Punkt anlangt, so ist zu bezweifeln, daß der in der gegenwärtigen Regierungsvorlage vorgeschlagene Staffeltarif das Eingehen der kleineren Brauereien verhindern könnte. Die großen Brauereien aber würden die Erhöhung der Steuerlast durch schwächeres Einbrauen auszugleichen suchen, und auch das würde eine vermehrte Abwendung der Konsumenten zum Branntweingenuß zur Folge haben.

— Die Ausprägung an Reichsmünzen stellte sich im Dezember v. J. auf 100,000 Mark in Doppelkronen für private Rechnung; ferner auf 36 843,20 Mark in Nickel-Zwanzigpfennigstücken, auf 251 325,60 Mark in Zehnpfennigstücken, 155 557,85 Mark in Fünfpfennigstücken, endlich auf 17 161,82 Mark in kupfernen Einpfennigstücken.

— Die South-West-African-Compagnie scheint ihre Gegner dadurch zu bekämpfen, daß sie sich mit ihnen vereint. So wird der „Kreuzztg." berichtet, daß Sir Donald Currie, der bekanntlich auf die seitens der Reichsregierung der Kompagnie ausdrücklich verliehene Otavi-Mine in Ovamboland Anspruch erhob, nun mit einem Betrag von 300,000 Mark der Kompagnie beigetreten ist und auf seine Sonderansprüche verzichtet hat.

Breslau, 10. Januar. (W. T. B.) Der „Schlesischen Zeitung" zufolge sind auf der Grube „Deutschland" von 1700 Mann gestern früh angefahren 58, gestern Abend von 390 Mann 141, heute früh von 750 Mann 254. Die Ausständigen fordern Erhöhung des Lohnes und Abkürzung der Schichtdauer nach dem Vorbilde der fiskalischen oberschlesischen Gruben. Sonst ist Alles ruhig, Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Kiel. Die Kaiserin hat als Protektorin des Vaterländischen Frauen-Vereins das folgende Handschreiben an den schleswig-holsteinischen Provinzial-Verband, welcher allein an Geldmitteln über 70,000 Mark zu Gunsten der durch die Cholera-Epidemie betroffenen Nachbarorte gespendet hat, gerichtet:

Mit lebhafter Genugthuung habe Ich nunmehr von dem reichen Ergebniß der Thätigkeit der Vaterländischen Frauen-Vereine der Provinz Schleswig-Holstein zu Gunsten der durch die Cholera-Epidemie heimgesuchten benachbarten Orte Hamburg, Altona und Wandsbek Kenntniß erhalten. Die unaufgefordert durch Spenden beträchtlicher Mittel und durch Sendung von Kleidungsstücken bethätigte Hülfsbereitschaft hat der Aufgabe und dem Zweck der Vaterländischen Frauen-Vereine in vollem Umfange entsprochen. Es gereicht Mir zur besonderen Freude, dem Provinzialverbande Meine herzliche Anerkennung und Allen, die sich an diesem Liebeswerk hingebend betheiligt haben, Meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Berlin, den 7. Januar 1893.

Auguste Viktoria.

Köln, 10. Januar. (W. T. B.) Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Belgrad gemeldet, daß eine Pariser Finanzgruppe fünf Millionen serbischer Rente zu einem Kurs von 75 pCt. übernommen habe.

Dortmund, 10. Januar. (W. T. B.) In der gestern hier stattgehabten Konferenz der Vertreter der höheren Regierungsbehörden mit den Vertretern des Oberbergamts und der Kreisbehörden sind der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge für den Fall des Ausbruchs des Ausstandes die strengsten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutz der Nichtstreikenden beschlossen worden. Die Zechen schlugen heute überall Warnungen an, in welchen auf den Paragraph 3 der Arbeitsordnung, betreffend die sofortige Entlassung im Falle eines unentschuldigten dreitägigen Ausbleibens, und auf den Paragraph 6 betreffend die Heranziehung solcher Arbeiter zu Schadenersatz in der Maximalhöhe eines sechstägigen Lohnes hingewiesen wird.

Der Kölner Bergwerkverein droht den Miethern der Zechenhäuser eine sofortige Zwangsräumung an.

Die Polizeistunde in Gelsenkirchen ist auf 7 Uhr festgesetzt worden.

Essen a. d. Ruhr, 10. Januar. (W. T. B.) Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge beginnen die Preise für sofort lieferbare Kohlen zu steigen. Aus der Ruhrorter Hafen-Niederlage wurden an eine Elberfelder Firma 100 Doppelwagen Kesselkohlen zu 12 Mark und an eine Essener Firma 10 Doppelwagen Flammkohlen zu 14 Mark verkauft.

Bochum, 10. Januar. (W. T. B.) In dem hiesigen Revier sind bei der heutigen Nachmittagsschicht wiederum alle Bergarbeiter angefahren. Die Betheiligung des hiesigen Reviers an dem Ausstand erscheint trotz der gestern durch Flugblätter betriebenen Agitation ausgeschlossen.

Bochum, 10. Januar. (W. T. B.) Eine rege Agitation für den Streik wird hier entfaltet. Das Streikkomitee läßt zwei Extrablätter verbreiten. Am Donnerstag soll im hiesigen Schützenhof wiederum eine Hauptversammlung der Streikenden stattfinden.

Gelsenkirchen, 10. Januar. (W. T. B.) In dem Ausstande im hiesigen Revier ist keinerlei Aenderung eingetreten. In dem Herner und Dortmunder Bezirke sind sämmtliche Arbeiter zur Frühschicht angefahren. Auf Grund polizeilicher Anordnung wurden gestern Abend 7 Uhr alle öffentlichen Wirthschaften geschlossen, in denselben sind die Aufruhr-Paragraphen angeschlagen. Die Ruhe wurde nicht wesentlich gestört. Die Urheber der gestern Abend stattgehabten Dynamit-Explosion sind noch nicht ermittelt.

Hamburg, 10. Januar. (W. T. B.) Die beiden gestern von dem spanischen Dampfer „Murciano" zur Beobachtung in das Krankenhaus gebrachten Personen haben sich als cholerakrank erwiesen. Der Dampfer war hier am 5. d. Mts. aus New-Orleans eingetroffen, die Erkrankungen wurden vom Hafenmeister schon bei der Ankunft des Dampfers konstatirt. Gegenwärtig liegt das Schiff im Elbdock zur Reinigung und Desinfizirung.

Bremen, 10. Januar. (W. T. W.) Der „Weser-Zeitung" zufolge machen die Weser-Korrektionsarbeiten so günstige Fortschritte, daß die Bauverwaltung die Vertiefung des Freihafens um einen Meter mit einem Kostenaufwand von 276,000 Mark beantragt hat.

Sigmaringen, 10. Januar. Gestern Abend fand zu Ehren der hier anwesenden Fürstlichkeiten ein großes Diner und hierauf ein Hof-Konzert statt, bei welchem ein Stuttgarter Quartett spielte und Vogl und Frau Weckerlin (München) Gesangspiècen vortrugen. Das Wetter hat sich plötzlich geändert; es ist Regen eingetreten.

Sigmaringen, 10. Januar. (W. T. B.) Der türkische Botschafter in Berlin, Tewfik Pascha ist heute Vormittag hier eingetroffen, um der Hochzeitsfeier als Vertreter des Sultans beizuwohnen.

Sigmaringen, 10. Januar. (W. T. B.) Se. Majestät der Kaiser verblieb heute Morgen in seinem Arbeitszimmer. — In der Zeit von 10 bis 12 Uhr fand bei dem Brautpaar Gratulationskour statt, bei welcher viele Deputationen empfangen wurden. Um 12½ Uhr war Familienfrühstück und Marschalltafel. In Gegenwart der Eltern des Brautpaares, Sr. Majestät des Kaisers, des Königs von Rumänien und der rumänischen Minister und Präsidenten des Senats und der Kammer wurde sodann um 2 Uhr von dem Minister des königlichen Hauses, Herrn von Wedel, die Ziviltrauung vollzogen. — Es ist Schneewetter eingetreten.

Sigmaringen, 10. Januar. (W. T. B.) Die feierliche Trauung des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Maria von Edinburg fand heute Nachmittag 4 Uhr in der hiesigen katholischen Kirche statt. Den Traualt vollzog der Ortspfarrer, die Weiherede hielt der Erzabt Placidus vom Kloster Beuron. In dem Trauzuge führte Se. Majestät der Kaiser die Herzogin von Edinburg, König Karl von Rumänien seine Mutter die Fürstin Josephine zu Hohenzollern, Großfürst Alexis die Herzogin von Connaught, der Prinz-Thronfolger von Rumänien seine Mutter, die Fürstin Antonia von Hohenzollern, Fürst Leopold von Hohenzollern Ihre königliche Hoheit die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der englische Botschafter Sir Edward Malet die Gräfin von Flandern, dahinter folgte der Herzog von Edinburg (Vater) mit der hohen Braut. Se. Majestät der Kaiser und die übrigen Fürstlichkeiten nahmen zu beiden Seiten des Chores Platz. Nach der Trauung verließ das hohe Brautpaar zuerst die Kirche, unmittelbar dahinter schritt der Herzog von Edinburg; sodann folgte Se. Majestät der Kaiser und die übrigen Trauzeugen in der oben angegebenen Ordnung. Die Kirche war von einer großen Anzahl geladener Persönlichkeiten von Rang dicht gefüllt. Das Wetter ist wieder schön geworden.

Dresden, 10. Januar. Die hiesigen Sozialdemokraten hatten für einen der nächsten Sonntage die Aufnahme einer allgemeinen Arbeitslosen-Statistik geplant, die ganz nach Art einer Volkszählung vor sich gehen sollte. Viele Hunderte von Parteigenossen sollten mit gedruckten Zählkarten in der Hand in der ganzen Stadt von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung gehen und alle zur Zeit Arbeitslosen aufschreiben, nicht minder auch ihre Verhältnisse in verschiedener Beziehung ausforschen und in die betreffenden Rubriken der Zählkarten vermerken. Dem Vernehmen nach hat nun die königliche Polizeidirektion gegen dieses Unternehmen insofern Stellung genommen, als sie die ergebene Genehmigung zu zu einer zur Deckung der Unkosten geplanten öffentlichen Geldsammlung nicht ertheilt und die für die Aufnahme jener Statistik ins Auge gefaßte Ausgabe von Zählkarten in den Wohnungen und Häusern hiesiger Stadt und das Auftreten von Zählern in letzteren mit Rücksicht auf die hieraus für die Einwohnerschaft erwachsenden Belästigungen und sonstigen Unzuträglichkeiten unter Androhung entsprechender Strafen verboten hat.

München, 10. Januar. (W. T. B.) Der Prinz-Regent hat das vom Hoftheater-Intendanten von Perfall eingereichte Abschiedsgesuch in einem sehr huldvollen Handschreiben abgelehnt, demselben aber gestattet, sich für ein halbes Jahr von der Leitung der Intendanturgeschäfte zurückzuziehen. Für diese Zeit ist die Führung der Geschäfte dem Professor Possart übertragen.

Stuttgart, 10. Januar. (W. T. B.) Die Thronrede, mit welcher der König heute die zweite Legislaturperiode des Landtags eröffnete, gedenkt des Hinscheidens der Königin Olga und spricht den Dank des Königs für die dabei bewiesene allseitige Theilnahme aus. Die Finanzlage des Landes sei weniger günstig, errege aber keine ernstlicheren Besorgnisse. Ausfälle seien namentlich bei den Eisenbahnen bei gesteigertem Ausgabebedarf zu verzeichnen, auch andere Einnahmen seien reduzirt, weshalb das Budget mit großer Vorsicht aufgestellt sei. Gleichwohl seien einige Mehrforderungen sachlich begründet. Die Deckungsmittel dafür seien vorhanden in Folge der wachsenden Ergiebigkeit der meisten Landessteuern und der Wiederherstellung der direkten Steuersätze wie vor dem 1. April 1889 und durch die vorhandenen verfügbaren Restmittel. Die Thronrede kündigt sodann Gesetze an betreffend die Abstufung der Malzsteuer, die Steuerbefreiung neubestockter Weinberge, die Besteuerung der Kunstweinfabrikation, betreffend eine Stuttgart umgehende Verbindungsbahn Untertürkheim-Kornwestheim, betreffend die Reform des Besteuerungsrechtes der Gemeinden und Körperschaften, betreffend das landwirthschaftliche Nachbarrecht, das Wasserrecht bei öffentlichen Gewässern, die Forsorge dienstunfähig gewordener Gemeindebeamten und betreffend die Entschädigung für durch die Maul- und Klauenseuche gefallenes Vieh. Mit dem gegenwärtigen Landtage soll eine Verständigung über die Revision der Verfassung namentlich hinsichtlich der Zusammensetzung der Stände-Versammlung eingeleitet werden.

Stuttgart, 10. Januar. (W. T. B.) Die Eröffnung der Ständeversammlung erfolgte unter dem üblichen Zeremoniell. Der König erschien, gefolgt von sämmtlichen Hofchargen und seinen Adjutanten. Die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder, unter denen sich auch der Herzog Wilhelm von Würtemberg und der Fürst von Fürstenberg befanden, wurde vom König vorgenommen.

Stuttgart, 10. Januar. Mit dem Befinden des Reichstagsabgeordneten Haerle steht es sehr schlimm. Die Amputation des Beines mußte wegen Altersbrand ausgeführt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Januar. (W. T. B.) Die „Wiener Abendpost" schreibt anläßlich der Vermählung des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien: „Ganz Europa blickt mit herzlicher Theilnahme auf den Ehebund des Prinzen Ferdinand mit der Prinzessin Maria von Edinburg, mit Stolz und dankbarer Freude aber auf das junge Königreich Rumänien, welches der 26jährigen Regententhätigkeit seines Königs in Krieg und Frieden fast alles verdankt, was es bis jetzt geworden ist. Der herzlichen Theilnahme schließt sich auch die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns an, die dem aufblühenden, von einem Freunde unseres allergnädigsten Monarchen beherrschten Königreiche Rumänien stets ein reges Interesse entgegenbrachte."

Wien, 10. Januar. (W. T. B.) Zu Ehren des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, welcher sein vierzigstes Dienstjahr beendigt hat, fand heute bei dem Statthalter Grafen Kielmannsegg ein Festmahl statt, welchem sämmtliche Minister und alle österreichischen Landeschefs beiwohnten. Vor dem Diner wurde dem Ministerpräsidenten ein kunstvoll gearbeitetes Album überreicht.

Wien, 10. Januar. (W. T. B.) In der heute Mittag bei dem Sektionschef Baron Niebauer abgehaltenen Konferenz in der Angelegenheit der Valutaregulirung wurden die Einzelbestimmungen des Uebereinkommens mit dem Bankensyndikat erörtert. Um 5 Uhr Nachmittags findet eine zweite Konferenz statt, von deren Ergebniß es abhängt, wann die Konferenzen unter dem Vorsitze des Finanzministers Dr. Steinbach wieder aufgenommen werden.

Pest, 10. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In seiner Rede erklärte der Ministerpräsident Wekerle, betreffs der Erbfolge sei kein Zweifel vorhanden, die Erbfolgeordnung in Ungarn sei vollständig ins Reine gebracht. Die Regelung der Erbfolgeordnung für den ungarischen Thron durch den Minister des Aeußeren als Minister des kaiserlichen Hauses stehe allerdings nicht unter der konstitutionellen Kontrolle, weil der Minister des kaiserlichen Hauses nicht als gemeinsamer Minister betrachtet werden könne. Eine diesbezügliche Lösung könne jedoch gehörig vorbereitet werden. — Abgeordneter Polonyi suchte alsdann auszuführen, daß die heutige Gestalt der Kabinetskanzlei nicht der staatlichen Stellung Ungarns entspreche. Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte, die Kabinetskanzlei vermittle nur den Verkehr mit dem Ministerium, während die Krone die Ertheilung eines Raths von Seiten der ungarischen Regierung stets unmittelbar in Anspruch nehme. Dr. Wekerle zollte der Thätigkeit der Kabinetskanzlei die vollste Anerkennung und erklärte weiter, die Nothwendigkeit der Kabinetskanzlei müsse Jedermann anerkennen, der da wisse, wie seitens der Krone die pünktlichste Erledigung der einzelnen Angelegenheiten erfolge — (Lebhafte Eljenrufe) —, indem der Träger der Krone mit selbstaufopfernder Thätigkeit seine Pflichten erfülle. (Stürmische Eljenrufe.) Die die Kabinetskanzlei betreffende Budgetpost wurde genehmigt.

Pest, 10. Januar. (W. T. B.) Während der heutigen Budgetdebatte beantragte der Abgeordnete Ugron (äußerste Linke), daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen möge, durch welchen die ungarische Thronfolge genau festgestellt werde, damit die das Thronerbrecht begründeten Bestimmungen in die ungarischen Gesetze aufgenommen würden. Der Ministerpräsident Wekerle erwiderte, daß in Bezug auf die Erbfolge kein Zweifel obwalte, obwohl das Verhandensein von Anwärtern auf den ungarischen Königsthron nicht einer verfassungsmäßigen Beaufsichtigung unterliege. Diese Frage könne jedoch in Ruhe erwogen werden, da in dieser Hinsicht jede Besorgniß für absehbare Zeiten unbegründet sei. Der Ministerpräsident ersuchte Ugron, den Antrag zurückzuziehen, woraufhin dieser seinen Antrag zurückzog.

Schweiz.

Zürich, 10. Januar. (W. T. B.) Der Professor der Theologie G. Volkmar ist heute gestorben.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Panama-Affaire. Im weiteren Verlaufe seines Verhörs vor dem Gerichtshof gab Charles Lesseps Einzelheiten bezüglich der Antheile der Gründer und führte aus, sein Vater habe die seinigen verkauft, um Geld flüssig zu haben zur Theilnahme an allen Missionen; er habe mehr Geld in das Unternehmen hineingesteckt als er jemals daraus gezogen habe. Er (Charles Lesseps) habe seinem Vater seine eigenen Antheile für 200,000 Franks verkauft. Hierauf führte Lesseps des Weiteren aus, eine Summe von 12 Millionen sei an das amerikanische Komitee zur Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft vertheilt worden; die Mitwirkung dieses Komitee's rechtfertige zur Genüge die Vertheilung dieser Summe.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Präsident Carnot unterzeichnete ein Dekret, durch welches General Saussier ohne Rücksicht auf die gesetzlich vorgeschriebene Altersgrenze in Aktivität belassen wird, weil er als Höchstkommandirender vor dem Feinde befehligt habe.

Die am 25. November v. J. auf heute vertagte gerichtliche Verhandlung im Panamaprozeß hat heute Mittag 12½ Uhr unter großem Zuhörer-Andrang begonnen.

Italien.

Rom, 10. Januar. Die Regierung traf alle Maßregeln, um eine etwaige Grenzverletzung der afrikanischen Kolonie durch die sich befehdenden Häuptlinge zu verhindern. Alle bedrohten Punkte der abessinischen Grenze sind mit italienischen Truppen besetzt. Auch die Blätter verlangen die höchste Wachsamkeit. Der „Popolo Romano" meint, ein neuer abessinischer Krieg sei unvermeidlich.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Januar. (W. T. B.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Buenos-Ayres: Zwei mit Truppen bemannte und mit Waffen und Kanonen ausgerüstete Kanonenboote gingen heute ab, um sich dem von der Regierung nach Corrientes entsandten Vermittler zur Verfügung zu stellen. 5000 Aufständische griffen gestern 3000 Mann der Regierungstruppen in Santa Lucia an. Der Kampf dauerte bei Abgang der letzten Nachrichten noch fort. 3000 Aufständische rücken von Caseros gegen Santa Lucia vor.

Rußland.

Riga, 10. Januar. (W. T. B.) Eine Verordnung ist erlassen worden, wonach sämmtliche Erziehungs- und Lehranstalten, welche Zöglinge im Alter über 8 Jahren aufnehmen, in den baltischen Provinzen dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellt werden, beziehungsweise die russische Unterrichtssprache in denselben eingeführt wird, soweit dies nicht bereits geschehen.

Serbien.

Belgrad, 10. Januar. (W. T. B.) In den Städten Semendria und Schabatz ist es zu Schlägereien zwischen den Radikalen und der neuen Gemeinde-Verwaltung gekommen. Die Polizei schritt ein, wobei zwei Polizisten ermordet wurden. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Amerika.

Newyork, 10. Januar. (W. T. B.) Zwei Passagiere des Dampfers „Normannia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft haben gegen Letztere eine Klage wegen einer Entschädigung von je 10,000 Dollars angestrengt weil sie während der Cholera-Epidemie auf der Feuerinsel in Quarantäne zurückbehalten worden seien. Sie behaupten, daß ihnen bei ihrer Einschiffung versichert worden sei, das Schiff würde Zwischendeck-Reisende nicht befördern.

Washington, 9. Januar. (W. T. B.) Das Komitee der Repräsentantenkammer für internationalen Handel erstattete über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung einer nationalen Quarantäne seinen Bericht, derselbe lautet einem solchen Gesetz günstig. Allgemein wird angenommen, daß das Schatzamt sich in der nächsten Zeit mit dieser Frage beschäftigen und daß die 20tägige Quarantäne bei gleichzeitiger ärztlicher Beobachtung, sowie eine 7tägige Beobachtung im Einschiffungshafen gesetzlich eingeführt werden wird. Präsident Harrison soll ein Gegner der Wiedereinführung der 20tägigen Quarantäne sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Januar. Bekanntlich ist an den höheren Unterrichtsanstalten das System der Dienstalterszulagen eingeführt. Dabei ist für die Lehrer die Feststellung des Tages ihrer endgültigen Anstellung von höchster Wichtigkeit geworden. Um nun bezüglich dieser Anstellung an den staatlichen oder unter staatlicher Verwaltung stehenden Anstalten ein gleichmäßiges Verfahren für alle Provinzen zu sichern, hat der Kultusminister verschiedene Grundsätze zur Beachtung für die Provinzialschulkollegien aufgestellt. Danach erfolgt die Aufnahme unter die Zahl der Kandidaten der Provinz nach dem Datum des Zeugnisses über das abgelegte Probejahr oder über die erlangte Anstellungsfähigkeit. Bei mehr als einem Provinzial-Schulkollegium sich zu melden, ist untersagt. Der Uebergang eines Kandidaten aus dem Bezirk eines Provinzial-Schulkollegiums in den eines anderen ist nur mit Genehmigung des Kultusministers gestattet. Die definitive Anstellung der Kandidaten einer Provinz erfolgt grundsätzlich nach Maßgabe der Anciennität, gerechnet vom Tage der Ausstellung des Zeugnisses über das vollendete Probejahr oder über die erlangte Anstellungsfähigkeit. Eine Abweichung von diesem Grundsatze ist zulässig, wenn der konfessionelle Charakter einer höheren Schule und die danach bei Besetzung der Stellen bisher geübte Praxis oder das unabweisbare, auch nicht durch anderweitige Stundenvertheilung und Versetzungen zu deckende Unterrichtsbedürfniß eine solche Abweichung fordern. In diesem Falle entscheidet die Anciennität der Kandidaten der betreffenden Konfession oder der Kandidaten von wesentlich gleicher, für die bestimmte Stelle erforderter Lehrbefähigung. Was die Anrechnung des aktiven Militärdienstes betrifft, so findet diese für die Bestimmung des Dienstalters der definitiv angestellten Lehrer in Bezug auf das Aufrücken im Gehalt überhaupt nicht Anwendung, da das Dienstalter nicht von der Prüfung, sondern von der definitiven Anstellung ab datirt. Dagegen ist die Anrechnung von Wichtigkeit für die Bestimmung des Dienstalters der Kandidaten bei Aufnahme in die Anmeldeliste. Hierbei ist die Zeit, welche die Kandidaten in Erfüllung des aktiven Dienstes im stehenden Heere oder in der Flotte gedient haben, insoweit in Anrechnung zu bringen, als in Folge der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht die Ablegung der wissenschaftlichen Prüfung und damit die Erklärung der Anstellungsfähigkeit später stattgefunden hat. Letztere ist sonach um die ermittelte Zeit früher zu datiren. Als faktische Studienzeit für Lehrer höherer Schulen sind für diese Berechnung ausschließlich der Prüfung vier Jahre zu erachten. Für die erste Berufung in eine definitive Stellung macht es im Allgemeinen keinen Unterschied, ob der Kandidat seit erlangter Anstellungsfähigkeit an einer öffentlichen Schule Preußens beschäftigt war oder nicht. Wenn derselbe indessen in der Zwischenzeit auch nicht ein Jahr an einer preußischen höheren Schule thätig war, so ist er in der Regel vor der definitiven Anstellung mindestens noch ein halbes Jahr kommissarisch zu beschäftigen, um seine praktische Bewährung festzustellen. Lehnt ein Kandidat eine definitive Anstellung zur Zeit oder für einen bestimmten Ort ab, so wird er durch Beschluß des Provinzialschulkollegiums in seiner Anciennität um ein halbes Jahr zurückgesetzt, im Wiederholungsfalle kann er mit Genehmigung des Kultusministers von der Liste der Kandidaten ganz gestrichen werden. In einer Ergänzung dieses Erlasses hat der Kultusminister auch bezüglich derjenigen Kandidaten, welche während der Wartezeit bis zur definitiven Anstellung an nicht unter Verwaltung des Staates stehende Schulen höherer oder niederer Art übergehen, beziehungsweise um Wiederaufnahme an Schulen staatlicher Verwaltung nachsuchen, nähere Bestimmungen getroffen.

* In der Zeit vom 1. bis 7. Januar sind hierselbst 28 männliche und 31 weibliche, in Summa 59 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 24 Kinder unter 5 und 18 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 9 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 4 an Diphtheritis, 3 an Krämpfen, je 1 an Abzehrung, Bräune, Ruhr, Grippe, Gehirnkrankheit, entzündlicher Krankheit und chronischer Krankheit, von den Erwachsenen: 8 an Schwindsucht, 5 an Altersschwäche, 4 an organischen Herzkrankheiten, 4 an entzündlichen Krankheiten, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, je 2 an Diphtheritis, Schlagfluß, chronischen Krankheiten und in Folge von Unglücksfällen, 1 an Krebskrankheit, 1 an Entzündung des Unterleibs und 1 an Gehirnkrankheit.

* Vor dem Schwurgericht hatte sich heute der Handelsmann Franz Lange aus Karow wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte wurde im Mai vorigen Jahres, als er in Kasekow mit Fischen handelte, vom Gendarmen nach seinem Wandergewerbeschein gefragt. Er gab vor, denselben zu Hause vergessen zu haben, wollte ihn aber das nächste Mal mitbringen. Am 25. Juni zeigte er auf erneute Nachfrage einen Schein vor, doch bemerkte der Gendarm sofort, daß darauf die Jahreszahl 91 mit 92 überschrieben war und sagte dies dem Lange auf den Kopf zu. Heute behauptete der Angeklagte, die Zahl sei durch Naßwerden verblichen und eine 92 deshalb neu geschrieben worden, weil er geglaubt habe, der Schein sei noch bis zum Juni genannten Jahres gültig. Der Spruch der Geschworenen lautete nur auf schuldig der einfachen Urkundenfälschung, indem dieselben eine beabsichtigte Schädigung des Steuerfiskus nicht für vorliegend erachteten. Der Gerichtshof ging in seinem Urtheil über den auf 3 Monate lautenden Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 4 Monate Gefängniß.

— Ueber das Vermögen der Handlung J. Bauchwitz hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist der Kaufmann H. Fritze. Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar bei dem hiesigen Amtsgericht anzumelden.

— Der Landgerichtsdirektor Harder in Elbing ist zum Präsidenten des Landgerichts in Stargard i. P. ernannt.

— Zum Benefiz für den verdienstvollen Oberregisseur des Bellevue-Theaters Herrn Oskar Teuscher gelangt morgen, Donnerstag, ein zwar altes, aber äußerst wirksames Schauspiel „Der Sohn der Wildniß" von F. Holm zur Aufführung, in welchem der Benefiziant die Rolle des „Jagomar" spielt. Herr Teuscher zählt nunmehr seit Jahren zu den beliebtesten Mitgliedern der Bellevue-Bühne, er hat sich als solches nicht nur als Regisseur und Darsteller, sondern auch als Theaterschriftsteller einen Namen gemacht und seinem kräftigen Eingreifen und seiner Unterstützung hatte dies Theater schon manchen schönen Erfolg zu danken. Möge ihm der Dank dafür an seinem Ehrentage durch zahlreichen Besuch abgestattet werden.

— Gewinnlisten der siebenten Weseler Geldlotterie sind eingetroffen und bei Rob. Th. Schröder Nachf., Bankgeschäft, Schulzenstr. 32, zu haben.

Vermischte Nachrichten.

— Aus der großen Zahl der Hochzeitsgeschenke für die Prinzessin Marie von Edinburg ragen, wie die „Allg. Reichskorr." mittheilt, die einen Werth von Millionen repräsentirenden Schmucksachen, welche die Eltern ihrer bräutlichen Tochter verehrt haben, besonders hervor. Darunter befinden sich drei Diademe, das eine von Diamanten, das andere von Diamanten und Türkisen und das dritte von Diamanten und Rubinen. Die übrigen Verwandten haben auch fast alle Perlen und Diamanten als Geschenk gewählt. Baron Ferdinand von Rothschild sandte einen kostbaren Fächer mit einer Malerei von Watteau, der Sultan von Johore ein Thee- und ein Kaffee-Service in vergoldetem Silber. Auch von den Hofstaaten, der Dienerschaft und den Hoflieferanten des Herzogs von Edinburg und der übrigen englischen Prinzen sind Geschenke eingegangen. Besonders reich bedacht ist die Prinzessin mit Reisekoffern und Schreibzeugen, von letzteren erhielt sie vier silberne.

— Ein rührender Vorfall spielte sich in den letzten Tagen in einem Dorfe bei Dippoldiswalde ab. Während eines heftigen Unwetters kam ein Handwerksbursche in das Haus einer armen Wittwe und hielt um eine Gabe an. „Ich bin eine arme Frau, die jetzt selbst keine Arbeit hat, — doch, warten Sie, ich habe noch 40 Pfennige, die wollen wir theilen." Mit diesen Worten reichte die gutherzige Alte dem frierenden Wanderer die Hälfte ihrer Baarschaft, 20 Pfennige. — Der Tag ging zu Ende. Da erschien derselbe Mann wieder, klopfte an, ging in die Stube stracks bis an den Tisch und sprach: „So, Mütterchen, nun wollen wir wieder theilen." Dabei legte er der betroffenen Frau 1 Mark 20 Pfennige auf den Tisch, ließ den halben Inhalt seines Brodbündels zurück, dankte noch einmal und ging hinaus.

— („Malerisches" von der Chicagoer Weltausstellung.) Unternehmungen von solcher Größe wie die Weltausstellung in Chicago machen in vielen Dingen neue Methoden erforderlich. Wer hat sich schon überlegt, was es für eine Riesenarbeit bedeutet, die ungeheuren Innenräume der Ausstellungsgebäude zu bemalen und dekoriren? Frank Millet heißt der Künstler, dem die Aufgabe zugefallen ist. Seit der Eröffnungstermin näher gerückt ist, wurde es klar, daß nicht Leute genug aufgebracht werden könnten, um den Anstrich in der üblichen Weise mit Pinselarbeit rechtzeitig zu vollenden. Herr Millet hat daher seine Zuflucht zur Maschine genommen. Ein fahrbarer Elektromotor betreibt eine Pumpe, die aus einem Behälter die Farbe aufsaugt und durch Schläuche mit entsprechenden Mundstücken preßt; so wird die Farbe mit großer Gewalt gegen die Wände gespritzt, welche damit bekleidet werden sollen. Ob diese Art des Anstrichs sehr solide ist, bleibt dahingestellt; jedenfalls können ein paar Arbeiter mit dem Apparat in einem Tage mehr zu Stande bringen, als eine kleine Armee von Malern mit ihren Pinseln in einer Woche.

Bonn, 10. Januar. (W. T. B.) In vergangener Nacht stießen zwei Güterzüge zusammen. Der Schaden an Material ist bedeutend. Personen wurden nicht verletzt.

Ludwigshafen, 10. Januar. Der Postwagen der Linie Speyer gerieth in Brand. Ein Reisender zog die Nothleine, wodurch große Gefahr verhindert wurde.

Karlsruhe, 10. Januar. Von dem Leib-Grenadier-Regiment sind neuerdings vier Mann an Meningitis erkrankt. Man beabsichtigt, wenn der Gesundheitszustand sich nicht bessert, sämmtliche Mannschaften zu beurlauben. In den nächsten Tagen trifft eine Militärkommission von Berlin zur Untersuchung der Kaserne ein.

Freiburg i. Br., 10. Januar. Ein zwölfjähriger Knabe wurde bei Zell durch einen Eisenbahnzug überfahren und getödtet.

Arad, 10. Januar. Hier hat sich gestern ein schönes zwanzigjähriges Mädchen Namens Antonie Hönisch eine Stunde vor ihrer Trauung vergiftet. Die Selbstmörderin, welche die unselige That mit dem Myrthenkranze auf dem Kopfe vollzog, war in heftiger Leidenschaft zu einem Schauspieler entbrannt.

London, 10. Januar. In dem Zinnbergwerk St. Just (Cornwall) fand eine Ueberschwemmung statt, durch welche 25 Bergleute das Leben verloren.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Januar. Wetter: Bewölkt. Temperatur — 3 Grad Reaumur. Nachts — 5 Grad Reaumur. Barometer 773 Millimeter. Wind: NO.

Weizen fester, per 1000 Kilogramm loko 142,00—154,00, per Januar 153,00 nom., per April-Mai 156,50 B., 156,00 G., per Mai-Juni 157,50 B. u. G., per Juni-Juli 159,00 bezahlt.

Roggen fest, per 1000 Kilogramm loko 122,00—132,00, per Januar 132,00 G., per April-Mai 136,00—136,50 bez., per Mai-Juni 137,50 B., 137,00 G., per Juni-Juli 139,00 bezahlt.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—134.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,2 bez., per Januar 70er 30,5 nom., per April-Mai 70er 32,2 nom., per Mai-Juni 70er —,—, per August-September 70er 34,4 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 153,00, Roggen 132,00, 70er Spiritus 30,5.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 146—152. Roggen 128—132. Gerste 136—140. Hafer 138—142. Rübsen —,—. Heu 2,50—3,00. Stroh 24—27. Kartoffeln 24—27.

Berlin, 11. Januar. Weizen per Januar —,— bis —,— Mark, per April-Mai 158,50 Mark, per Mai-Juni 160,00 Mark.

Roggen per Januar 137,25 bis —,— Mark, per April-Mai 139,75 Mark, per Mai-Juni 140,25 Mark.

Hafer per Januar 142,75 Mark, per April-Mai 140,75 Mark.

Rüböl per Januar 50,50 Mark, per April-Mai 50,50 Mark.

Spiritus loko 70er 32,90 Mark, per Januar 70er 31,80 Mark, per April-Mai 70er 33,20 Mark, per August-September 70er 35,10 Mark.

Petroleum per Januar 22,20 Mark.

Berlin, 11. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,10	Amsterdam kurz	—,—
do. do. 3½%	100,60	Paris kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	86,10	Belgien kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,90	Bredower Cement-Fabrik	88,00
Italienische Rente	91,70	Neu Dampfer-Compagnie (Stettin)	71,50
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,70	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	195,00
Ungar. Goldrente	96,50	„Union", Fabrik chem. Produkte	125,25
Rumän. 1881er amort. Rente	97,25	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,25
Serbische 5% Rente	77,10	Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	87,50
Griechische 5% Goldrente	54,60	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	99,70	Disconto-Commandit	186,10
do. do. von 1880	95,75	Berliner Handels-Gesellsch.	141,75
Mexikan. 6% Goldrente	77,10	Oesterr. Credit	172,25
Oesterr. Banknoten	169,00	Dynamite Trust	134,50
Russ. Banknoten Cassa	205,30	Bochumer Gußstahlfabrik	117,60
do. do. Ultimo	205,25	Laurahütte	96,25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,00	Harpener	127,40
do. (110) 4%	101,50	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	111,60
do. (100) 4%	100,75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	57,50
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,30	Ostpreuß. Südbahn	73,25
Stett. Bulc.-Act. Littr. B.	107,60	Marienburg-Mlawkabahn	62,30
Stett. Bulc.-Prioritäten	133,50	Mainzerbahn	113,90
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	50,00	Norddeutscher Lloyd	97,90
do. 6% Prioritäten	75,50	Lombarden	43,10
Petersburg kurz	204,70	Franzosen	—,—
London kurz	—,—		
London lang	—,—		

Tendenz: abgeschwächt.

Paris, 10. Januar. (Schluß-Kourse.) Fest.

		Kours vom 9
3% amortisirb. Rente	95,45	94,67½
3% Rente	94,75	93,57½
Italienische 5% Rente	90,40	89,50
4% ungar. Goldrente	95,31	95,18
III. Orient	65,85	65,25
4% Russen de 1889	95,40	94,70
4% unifiz. Egypter	98,95	98,30
4% Spanier äußere Anleihe	60⅜	59,25
Convert. Türken	21,02½	20,55
Türkische Loose	86,30	83,50
4% privil. Türk.-Obligationen	428,50	422,00
Franzosen	623,75	622,50
Lombarden	213,75	212,50
Banque ottomane	567,00	554,00
„ de Paris	615,00	595,00
„ d'escompte	135,00	140,00
Credit foncier	940,00	890,00
„ mobilier	122,00	120,00
Meridional-Aktien	610,00	602,00
Rio Tinto-Aktien	390,60	383,10
Suezkanal-Aktien	2575,00	2535,00
Credit Lyonnais	745,00	730,00
B. de France	3800,00	3770,00
Tabacs Ottom.	354,37	348,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122 23/64
Wechsel auf London kurz	25,10	25,10½
Cheque auf London	25,11½	25,12
Wechsel Amsterdam k.	206,06	206,06
„ Wien k.	206,00	206,25
„ Madrid k.	421,50	420,51
Comptoir d'Escompte, neue	475,00	470,00
Robinson-Aktien	93,70	91,80
Portugiesen	21,93	21⅞
3% Russen	77,15	76,10
Privatdiskont	2,25	2,25

Bremen, 10. Januar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,45 B. Baumwolle ruhig.

Wien, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,56 G., 7,59 B., per Herbst 7,69 G., 7,72 B. Roggen per Frühjahr 6,63 G., 6,66 B., per Mai-Juni 6,73 G., 6,76 B. Mais per Mai-Juni 5,00 G., 5,03 B. Hafer per Frühjahr 5,87 G., 5,90 B.

Amsterdam, 10. Januar. Nachmittags. Weizen März 175, Mai 176. Roggen März 129, Mai 124.

Amsterdam, 10. Januar. Java-Kaffee good ordinary 56,25.

Amsterdam, 10. Januar, Nachmittags. Bancazinn 55,00.

Antwerpen, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen unbelebt. Roggen unverändert. Hafer befestigt. Gerste schwach.

Antwerpen, 10. Januar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per Januar 12,75 B., per Februar-März 13⅛ B., per September-Dezember 13,25 B. — Fest.

Paris, 10. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 38,50 bis 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 40,37½, per Februar 40,75, per März-Juni 41,37½, per Mai-August 41,87½.

Paris, 10. Januar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Rüböl beh., per Januar 56,75, per Februar 57,00, per März-April 57,50, per Mai-Juni 57,75. Mehl fest, per Januar 48,30, per Februar 48,20, per März-April 48,40, per Mai-Juni 48,50. Spiritus beh., per Januar 45,75, per Februar 46,00, per März-April 46,00, per Mai-Juni 46,50.

Havre, 10. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 100,50, per März 99,00, per Mai 96,00. Ruhig.

London, 10. Januar. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 10. Januar. 96 prozent. Javazucker loko 16,37 stetig. Rübenrohzucker loko 14,12 matt. Centrifugalzucker —,—.

London, 10. Januar, 2 Uhr 9 Minuten. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 46 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 91 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zink 18 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 9 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen, Mixed numbers warrants 41 Sh. 9 d.

Liverpool, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen ½ d. niedriger, Mehl ruhig, Mai ½ d. höher. — Wetter: Schön.

Hull, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen schwächer.

Glasgow, 10. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 11½ d.

Newyork, 10. Januar. Wechsel auf London 4,85½. Petroleum in Newyork 5,40, in Philadelphia 5,35, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certificates per Februar — D. 54 C. Mehl 2 D. 95 C. — Rother Winter-Weizen — D. 80⅜ C. Rother Weizen per Januar — D. 77⅜ C., per Februar — D. — C., per Mai — D. 82¾ C. Getreidefracht 1,50. Mais per Januar 50¼. Zucker 3,00. Schmalz loko 11,10 nom. Kaffee Rio Nr. 7 16⅝. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,60. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 15,40. Weizen Anfangs-Kours per Mai 82,25.

Newyork, 10. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 66,000, do. nach Frankreich 25,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 57,000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 52,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Köln, 10. Januar. (W. T. B.) Das Koksyndikat hat, wie die „Kölnische Zeitung" erfährt, den Siegerländer Hütten und dem rheinisch-westfälischen Roheisen-Verband auf den seit dem ersten Januar auf 11 Mark herabgesetzten Kokespreis dieselbe Ausfuhrvergütung für Spiegeleisen und Bessemer-Eisen bewilligt wie früher.

Dublin, 10. Januar. (W. T. B.) Zwei bedeutende Getreidefirmen haben fallirt; die Passive betragen gegen 200,000 Pfund Sterling.

Petersburg, 10. Januar. (W. T. B.) Von Neujahr n. St. ab nehmen die russischen Zollkassen Marknoten nicht mehr zum Kourse von 30 8/10, sondern zu 30 2/10 Kopeken entgegen. — Der Rest der Superdividende der Großen Eisenbahn-Gesellschaft im Betrage von 139 Kopeken wird zusammen mit dem Januar-Koupon ausgezahlt werden.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 11. Januar. Die ganze Belegschaft der Deutschland-Grube ist heute angefahren. Der „Breslauer Zeitung" zufolge ist der Streik als beendet anzusehen. Die Bergeborbeek-Belegschaft der Zeche „Christian Levin" ist heute in den Ausstand eingetreten.

Gelsenkirchen, 11. Januar. Bei der Frühschicht waren „Hibernia" und „Wilhelmine" vollständig streikend, in „Konsolidation" sind von 983 zweier Schachte 237 angefahren, „Unser Fritz" im ersten Schacht Alles, im zweiten 60 von 360 streikend, sonst Alles angefahren, in Herne desgleichen. Ein theilweiser Streik ist ausgebrochen in den Gruben „Tremonia" und „Westfalia" bei Dortmund, „Glückauf" bei Barop und „Karolinenglück" bei Bochum.

Saarbrücken, 11. Januar. Heute sind 13,316 Mann angefahren, auf der Grube „König" arbeitet Alles.

Paris, 11. Januar. Die Wahl Casimir Periers zum Präsidenten der Deputirtenkammer erfolgte vorzugsweise durch die Stimmen der Republikaner.

Paris, 11. Januar. Dem Vernehmen nach wird an Stelle Burdeau's ein Admiral das Marineministerium übernehmen. Das neue Kabinet wird sich voraussichtlich heute in der bereits telegraphirten Zusammensetzung der Kammer vorstellen. Unter den Kandidaten für das Portefeuille des Marineministeriums wird der Admiral Gervais genannt.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Untersuchungsrichter Franqueville sei geneigt, das Verfahren gegen die Senatoren und Deputirten, zu deren gerichtlicher Verfolgung er die Ermächtigung des Parlamentes erhalten hatte, also gegen Jules Roche, Arene, Proust, Dugue de la Fauconnerie, Thevenet, Deves, Renault, Grevy und Beral, einzustellen. Die Ausführung dieser im Prinzip bereits beschlossenen Maßnahmen stehe unmittelbar bevor. Die Administratoren der Panamagesellschaft mit Ausnahme von Loroy und der ehemalige Minister Baihaut seien bisher die einzigen, die man vor die Assisen verwiesen habe.

London, 10. Januar. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Buenos-Ayres von heute gemeldet, daß zur Unterstützung des Vermittlers nach Avellaneda 1600 Mann Bundestruppen nach der Provinz Corrientes entsandt seien. Die Aufständischen seien bei Sanroca geschlagen worden.

London, 11. Januar. Gladstone ist gestern in bestem Wohlbefinden in London eingetroffen.

Washington, 10. Januar. Der Senat nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Quarantäne, an. Nach demselben müssen alle Schiffe, wenn sie zur Ausladung zugelassen werden wollen, ein Zeugniß von dem amerikanischen Konsul des Ausgangshafens beibringen, welches über den Gesundheitszustand des betreffenden Schiffes Aufschluß giebt und bestätigt, daß alle vorgeschriebenen hygienischen Maßnahmen getroffen worden sind. Wenn ein infizirtes Schiff in einen amerikanischen Hafen einläuft, welcher eine sanitäre Organisation nicht besitzt, so soll derselbe auf seine Kosten zum nächsten Hafen zurückgesandt werden, der mit jener Organisation versehen ist. In allen Fällen, in welchen der Präsident der Vereinigten Staaten eine ernste Ansteckungsgefahr für vorhanden erachtet, kann derselbe ganz oder zum Theil und zwar für eine Zeitdauer, die seinem Ermessen anheimsteht, die Landung der Herkünfte aus einem infizirten Lande oder Hafen, Personen sowohl als auch Handelsartikel, verbieten. Uebertretungen dieses Gesetzes können mit einer Geldbuße bis zu 5000 Dollars geahndet werden.

Washington, 11. Januar. General Benjamin Franklin Butler ist gestorben.